

## **Antrag**

**der Abg. Katrin Schütz u. a. CDU**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Innenministeriums**

### **Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wo im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg Vorschlagswesen (auch Ideenmanagement) eingesetzt wird;
2. wie viele unterschiedliche Modelle für den Einsatz von Vorschlagswesen dabei derzeit angewendet werden;
3. welche Erkenntnisse es über die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Jahre 2008 und 2009 (in Prozent) gibt;
4. wie hoch die Summe der Ersparnisse (rechenbarer Nutzen) durch den Einsatz von Vorschlagswesen für die Jahre 2008 und 2009 war;
5. wo durch den Einsatz von Vorschlagswesen beispielhafte Steigerungen der Effizienz im Arbeitsprozess bewirkt werden konnten;
6. wem die Verantwortung und die Kontrolle über das Vorschlagswesen unterliegen;
7. wie erfolgreiche Verbesserungsvorschläge bislang prämiert werden;
8. welche weiteren Möglichkeiten der Prämierung von erfolgreichen Verbesserungsvorschlägen realisierbar sind, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen;

Eingegangen: 02. 06. 2010 / Ausgegeben: 28. 07. 2010

**1**

9. ob die Möglichkeit besteht, das Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg innerhalb einer landesweiten Initiative zusammenzufassen und zu bewerben;
10. wie die Chance gesehen wird, durch den landesweiten Einsatz von Vorschlagswesen Ersparnisse zu erzielen und somit sinkenden Steuereinnahmen aktiv zu begegnen.

17. 05. 2010

Schütz, Herrmann, Teufel, Wolf, Pauli, Fischer, Nemeth CDU

### Begründung

Verbesserung der Arbeit und der damit verbundenen Prozesse stellen eine kontinuierliche Herausforderung für jedes Unternehmen und jeden Betrieb dar. Ein enormes Potenzial an Erfahrungen und Ideen ist für gewöhnlich direkt bei den Ausübenden vorzufinden. Ideenmanagement oder Vorschlagswesen befassen sich daher in der Hauptsache mit den Möglichkeiten, diese Ressourcen in bestehende Organisationsformen einzubringen. Kreativität und Ideen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelten zunehmend als tragende Elemente des ständigen Modernisierungsprozesses und ermöglichen auch ein hohes Maß an Motivation.

Die Bedeutung des Vorschlagswesens in der freien Wirtschaft hat in den letzten Jahren langsam aber stetig zugenommen und verzeichnet nachweisliche Erfolge. Aus regelmäßigen Erhebungen des Deutschen Instituts für Betriebswirtschaft (dib) geht hervor, dass große Summen eingespart werden können. Ebenfalls ist eine hohe Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erkennen, die sich in einer hohen prozentualen Beteiligung an den Programmen niederschlägt.

Diese Entwicklung und die aktuell sinkenden Steuereinnahmen geben Anlass zu der Überlegung, inwieweit das Vorschlagswesen auch Anwendung in Dienststellen und Behörden finden kann. Gerade dort existieren zahlreiche anhaltende Aufgabenstellungen, die zu integrativen Lösungen geführt werden könnten.

Vorschlagswesen bietet ein Forum für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in dem sie ihre Ideen und Vorstellungen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität und Bürgerfreundlichkeit innerhalb ihrer Organisation einbringen können. Erfahrungen und das Detailwissen aller Beschäftigten können im Sinne einer wirtschaftlichen und effektiven Aufgabenerledigung nutzbar gemacht werden. Gleichzeitig können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Erfolg ihrer Vorschläge beteiligt werden.

### Stellungnahme\*)

Mit Schreiben vom 21. Juli 2010 Nr. 1–0215.4/214 nimmt das Innenministerium in Abstimmung mit den Ressorts zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,*

*die Landesregierung zu ersuchen*

*zu berichten,*

*1. wo im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg Vorschlagswesen (auch Ideenmanagement) eingesetzt wird;*

Zu 1.:

Die Landesregierung ist sich der Bedeutung des Themas Verbesserungen für die Zukunft der Verwaltung gerade vor dem Hintergrund steigender Anforderungen bei knapper werdenden Ressourcen bewusst. Sie hat das Ziel „hoher Qualitätsanspruch, Umsetzung von Verbesserungsvorschlägen und Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und Zeitfaktor“ deshalb auch in ihr Leitbild (Leitbild der Landesverwaltung Baden-Württemberg, Beschluss der Landesregierung vom 11. Dezember 1995) unter dem Begriff „Qualität erbringen“ aufgenommen.

Neben der regelmäßigen Überprüfung des eigenen Arbeitsbereichs ist es ebenso wichtig, Verbesserungsvorschläge auch aus anderen Blickwinkeln einzubringen. Dazu sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ideen zur Verbesserung der Organisationsstrukturen, des Arbeitsplatzes, der Aufgabenerledigung und des Bürokratie- bzw. Aufgabenabbaus einbringen können. Dies dient auch der Stärkung der Motivation und der Arbeitsfreude der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Führungskräfte sind aufgerufen, diesen Prozess aktiv zu unterstützen.

Die Gemeinsame Verwaltungsvorschrift der Ministerien über die Auszeichnung von Vorschlägen zur Verbesserung der Landesverwaltung (VwV Vorschlagswesen) vom 28. Juni 2006 bildet die rechtliche Grundlage.

Das Vorschlagswesen ist dementsprechend in allen Landesbehörden etabliert. Vorschläge können von allen gegenwärtigen und ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung sowie der der Aufsicht des Landes unterstellten Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts eingereicht werden. Für Dienststellen und Einrichtungen der Landesverwaltung gelten die Regelungen sinngemäß.

Auf der Plattform „service-bw“ im Internet haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter außerdem – wie alle anderen Nutzer auch – die Möglichkeit, in der Rubrik „Ideen, Fragen, Kritik“ ihre Verbesserungsvorschläge einzubringen.

*2. wie viele unterschiedliche Modelle für den Einsatz von Vorschlagswesen dabei derzeit angewendet werden;*

Zu 2.:

Die Regelungen in der VwV Vorschlagswesen basieren im Wesentlichen auf dem in der Literatur zitierten „klassischen Modell“ des Vorschlagswesens. Das sogenannte „Vorgesetztenmodell“, das den direkten Vorgesetzten in eine entscheidende Position in der Aufbau-/Ablauforganisation des Vorschlagswesens bringt, ist nicht Bestandteil der VwV Vorschlagswesen. Die Führungskräfte in der Landesverwaltung sind zwar explizit aufgerufen, den Prozess

\*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

kreativ und tatkräftig zu unterstützen. Außerdem sind sie verpflichtet, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Verbesserungsvorschlägen aufzufordern und zu ermutigen. Die Entscheidung, ob ein Verbesserungsvorschlag angenommen wird oder nicht, obliegt jedoch nicht dem direkten Vorgesetzten.

Die VwV Vorschlagswesen unterscheidet zwischen behörden*internen* Verbesserungsvorschlägen, die auf Verbesserungen im Wirkungs- und Verantwortungsbereich der eigenen Beschäftigungsstelle zielen und behörden*übergreifenden* Verbesserungsvorschlägen, die auf Verbesserungen zielen, die über den Wirkungs- und Verantwortungsbereich der eigenen Beschäftigungsstelle hinausgehen.

Bei behörden*internen* Verbesserungsvorschlägen nimmt die jeweilige Behördenleitung oder die dafür eingerichtete Stelle den Vorschlag an und entscheidet über dessen Annahme, Ablehnung bzw. Weiterleitung. Die Vorschläge sollen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in der Regel über den Vorgesetzten und in offener Form weitergeleitet werden.

Bei jeder obersten Landesbehörde gibt es einen Ausschuss für das Vorschlagswesen, der über die behörden*übergreifenden* Verbesserungsvorschläge entscheidet, die in seine fachliche Zuständigkeit fallen.

Nach der VwV Vorschlagswesen können jedoch Verbesserungsvorschläge, die den eigenen Aufgabenbereich der Einsenderinnen und Einsender betreffen, nur dann prämiert werden, wenn die Idee auf Eigeninitiative beruht und sie über das Maß hinausgehen, das bei einer pflichtgemäßen Erledigung der Dienstaufgaben erwartet werden kann. Dem liegt der Grundgedanke des Leitbilds zugrunde, wonach es Aufgabe jeder Mitarbeiterin und jedes Mitarbeiters ist, die eigene Arbeit ständigen Qualitätskontrollen zu unterziehen.

Darüber hinaus wurden im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses in verschiedenen Landesbehörden Qualitätszirkel eingerichtet. Diese dienen u. a. der Steigerung der Arbeitseffizienz und der Arbeitsatmosphäre. Dort werden ohne besondere Vorgaben Verbesserungsmöglichkeiten aufgegriffen und entsprechende Lösungen erarbeitet. Die Qualitätszirkel bestehen in der Regel aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedenen Organisationseinheiten. Wenngleich der finanzielle Aspekt hier nicht im Vordergrund steht, dient diese Form des Umgangs mit Vorschlägen aus dem Mitarbeiterkreis einer direkten Effektivitätssteigerung und Identifikation in der Sache.

Ebenfalls außerhalb des formellen Vorschlagswesens werden Verbesserungen durch Mitarbeiterbefragungen, bei *jours-fixes* oder nach Durchführung von Praxisprojekten und Einführung von Automationsprogrammen erarbeitet.

*3. welche Erkenntnisse es über die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Jahre 2008 und 2009 (in Prozent) gibt;*

Zu 3.:

Eine Ressortbefragung im Zusammenhang mit dem Antrag ergab, dass im Jahr 2008 insgesamt 485 Verbesserungsvorschläge und im Jahr 2009 547 Verbesserungsvorschläge nach der VwV Vorschlagswesen eingereicht wurden. Geht man von ca. 240.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der gesamten Landesverwaltung (mit Lehrerinnen und Lehrern) aus, entspricht dies einem prozentualen Anteil von 0,2 %.

Bei der Bewertung dieses prozentualen Anteils ist jedoch zu berücksichtigen, dass dabei die umfangreichen Aktivitäten, die außerhalb des formellen Vorschlagswesens im Rahmen von Qualitätszirkeln, Mitarbeiterbefragungen, bei

jours-fixes oder nach Durchführung von Praxisprojekten und Einführung von Automationsprogrammen laufen, nicht erfasst sind. Ebenso wenig sind Verbesserungen erfasst, die dadurch erzielt werden, dass die fachlich zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Führungskräfte die eigene Arbeit laufend überprüfen und optimieren.

*4. wie hoch die Summe der Ersparnisse (rechenbarer Nutzen) durch den Einsatz von Vorschlagswesen für die Jahre 2008 und 2009 war;*

Zu 4.:

Nach Angaben der Ressorts lag im Jahr 2008 der rechenbare Nutzen der eingereichten Verbesserungsvorschläge nach der VwV Vorschlagswesen bei 278.106,71 €, im Jahr 2009 bei 523.345,56 €. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die weit überwiegende Zahl der eingereichten Vorschläge auf Verbesserungen des Arbeitsablaufs beziehen, deren Wirkung sich nicht nach einheitlichen Maßstäben in Euro beziffern lassen.

*5. wo durch den Einsatz von Vorschlagswesen beispielhafte Steigerungen der Effizienz im Arbeitsprozess bewirkt werden konnten;*

Zu 5.:

Das Ergebnis der Ressortumfrage mit den nachgeordneten Bereichen ergibt sich aus der Anlage 1.

*6. wem die Verantwortung und die Kontrolle über das Vorschlagswesen unterliegen;*

Zu 6.:

Die Verantwortung und Kontrolle im behördeninternen Vorschlagswesen obliegt der Behördenleitung bzw. der dafür eingerichteten Stelle oder Organisationseinheit.

Für die behördenübergreifenden Verbesserungsvorschläge sind die einzelnen Ausschüsse für das Vorschlagswesen bei den Ressorts zuständig. Die Mitglieder der Ausschüsse für das Vorschlagswesen sind bei ihrer Tätigkeit unabhängig und nicht an Weisungen gebunden. Sie entscheiden über Annahme und Ablehnung eines Vorschlags mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Die Mitglieder werden jeweils von der obersten Landesbehörde berufen. Ein Ausschuss besteht jeweils aus höchstens fünf Mitgliedern. Ihm gehören mindestens an:

- die Leiterin oder der Leiter des Organisationsreferats oder deren Stellvertretung,
- die oder der Beauftragte für den Haushalt oder deren Stellvertretung und
- ein von den Hauptpersonalräten zu benennendes Mitglied.

Bei der Auswahl der weiteren Mitglieder werden außerdem die verschiedenen Fachbereiche und Laufbahnen im Geschäftsbereich berücksichtigt.

*7. wie erfolgreiche Verbesserungsvorschläge bislang prämiert werden;*

Zu 7.:

Bei behördenübergreifenden Vorschlägen gewährt der Ausschuss für das Vorschlagswesen für jeden angenommenen Vorschlag eine Geldprämie, eine

Sachprämie oder empfiehlt der zuständigen Stelle die Gewährung von bis zu drei Tagen Dienst- bzw. Arbeitsbefreiung. Die Höhe der Geldprämie richtet sich nach dem Maß der durch den Vorschlag möglichen Verbesserung für die Verwaltung (z. B. Einsparungen, Mehreinnahmen) und nach dem Ausmaß der schöpferischen Leistung. Die Geldprämie kann bis zu einem Jahresbetrag der erzielbaren Einsparungen bzw. Mehreinnahmen der Verwaltung betragen. Vorschläge, die zu nicht rechnerisch darstellbaren Verbesserungen führen oder bei denen Verbesserungen rechnerisch nicht ermittelt werden können, können mit bis zu 5.000 € prämiert werden.

Bei der Prämierung von behördeninternen Verbesserungsvorschlägen gelten die Ausführungen zu den behördenübergreifenden Verbesserungsvorschlägen entsprechend. Die gewährte Prämie muss in der Regel aus den Haushaltsmitteln der Behörde erwirtschaftet werden.

Die Einsenderin oder der Einsender von prämierten Verbesserungsvorschlägen erhält von der Leitung der zuständigen obersten Landesbehörde – bei behördeninternen Verbesserungsvorschlägen von der Beschäftigungsbehörde – ein Anerkennungsschreiben. Das Schreiben wird bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung zu den Personalakten genommen, bei Angehörigen der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird der Dienstherr von der Anerkennung unterrichtet.

Sofern die Betroffenen einverstanden sind, wird die Prämierung im landesweiten Intranet-Portal lvn-id veröffentlicht. Eine entsprechende Bekanntmachung bei der Beschäftigungsbehörde der Einsenderin oder des Einsenders wird empfohlen.

*8. welche weiteren Möglichkeiten der Prämierung von erfolgreichen Verbesserungsvorschlägen realisierbar sind, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen;*

Zu 8.:

Die bisherige Palette an Prämierungsmöglichkeiten (Geld-/Sachprämien bzw. Arbeits-/Dienstbefreiung) wird als ausreichend erachtet. Weitere Möglichkeiten, die keine zusätzlichen Kosten verursachen, sind aus Sicht der Landesregierung nicht realisierbar.

*9. ob die Möglichkeit besteht, das Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg innerhalb einer landesweiten Initiative zusammenzufassen und zu bewerben;*

Zu 9.:

Die derzeitige zentrale Struktur mit eigenständigen Ausschüssen für das Vorschlagswesen bei jedem Ressort hat sich durch seine ausgeprägte Sachnähe zu den jeweiligen Vorschlagsthemen bewährt. Behördenübergreifende Verbesserungsvorschläge, die keinem Fachressort zugeordnet werden können, werden vom Ausschuss für das Vorschlagswesen des Staatsministeriums beraten. Auch die „Bewerbung“ des Vorschlagswesens kann „passgenauer“ durch das einzelne Ressort erfolgen. Eine Zusammenfassung des Vorschlagswesens im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg innerhalb einer landesweiten Initiative ist vor diesem Hintergrund auch unter Aspekten des Bürokratieabbaus zu hinterfragen.

*10. wie die Chance gesehen wird, durch den landesweiten Einsatz von Vorschlagswesen Ersparnisse zu erzielen und somit sinkenden Steuereinnahmen aktiv zu begegnen.*

Zu 10.:

Das Vorschlagswesen kann dann als geeignet angesehen werden, Ersparnisse zu erzielen, soweit sich die Vorschläge auch tatsächlich auf Einsparungsmöglichkeiten beziehen. In sehr vielen Fällen haben sie jedoch eine Qualitätsverbesserung oder Effizienzsteigerung bei gleichbleibenden Kosten zum Ziel. Insofern unterscheidet sich der öffentliche Dienstleistungssektor sehr maßgeblich von der Industrie. Es erscheint vor diesem Hintergrund fraglich, ob unter Berücksichtigung der bereits identifizierten Einsparungsmöglichkeiten, Verbesserungsvorschläge tatsächlich die erforderlichen Größenordnungen erreichen können, um den sinkenden Steuereinnahmen wirkungsvoll zu begegnen.

Das Vorschlagswesen in der Landesverwaltung dient auch als Motivationsinstrument für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung. Sie können sich durch das Einreichen von Verbesserungsvorschlägen aktiv einbringen und sich auf diesem Weg auch stärker mit ihrem Arbeitsplatz identifizieren. Weitere Aspekte sind die Verbesserung des Verhältnisses zu den Bürgerinnen und Bürgern, die bessere Wahrung von Umweltbelangen sowie die Erhöhung der Arbeitssicherheit oder des Arbeitsschutzes für die Verwaltungsangehörigen. Auch dies sind wichtige, nicht zu vernachlässigende Ziele des Vorschlagswesens, die sich nicht als direkt messbares Einsparungspotenzial im Sinne der Einsparung von Haushaltsmitteln darstellen lassen.

Rech

Innenminister

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU  
 Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg  
 Drucksache 14/6448

Frage 5  
 Beispiele Effizienzsteigerung

### Ergebnis Ressortumfrage zu Frage Nr. 5 - Steigerungen der Effizienz im Arbeitsprozess

	Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes	kurze Beschreibung des Vorschlags	Bemerkungen
1	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'EWIS'): Einbindung eines Zwischenspeichers zur kurzfristigen Übernahme des EW-Aktenzeichens	
2	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (hier: Darstellung bei 'IABV'-Abfragen): Optimierung der Anzeige zur Unterscheidung, ob Einzahlungen durch den Steuer-, den Haftungs- oder einen Drittschuldner geleistet wurden	
3	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'EVA'): Optimierung der Darstellungsform der Ausgabe der 'M-Hinweis'-Meldungen bei Aufhebung der Aussetzung der Vollziehung	
4	Finanzministerium	Einkommensteuer/Automation in der Steuerverwaltung: inhaltliche Anpassung des Prüffinweises '21/1025' (Hinweis auf die Lohnsteuerrichtlinien (R 18, H 18))	
5	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'MÜSt'): Anpassung des Formulars 'Androhung von Zwangsgeld' (Hervorhebung der Termine z.B. durch Fettdruck oder deutlichere Absätze)	
6	Finanzministerium	Grundsatzfragen des Kassen- und Rechnungswesen bzw. Automation in der Steuerverwaltung: Schaffung einer Prüfungsmöglichkeit für die Auszahlungen an die Land- bzw. Stadtkreise (ggf. Einbindung in das maschinelle Auszahlungsverfahren)	
7	Finanzministerium	Abgabenordnung/Formulargestaltung (hier: Vollstreckungsankündigung -S 1-127): inhaltliche Anpassung für ein besseres Verhältnis zwischen Steuerverwaltung und -bürgern (u.a. einheitlicher Gebrauch von '%' oder 'v.H.'-Bezeichnungen)	
8	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'TVS' und 'LUNA')/Formulargestaltung: Optimierung der Datenübernahme aus dem Verfahren 'LUNA' in die Kontrollmitteilungsformulare ('Aufsichtsratsvergütungen')	
9	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'GREASY'): Anpassung der Bearbeitereingabe (hier: Ergänzung der Jahreszahl in der Zeile 'Zurechnungsfortschreibung' bei der Erstellung der Veräußerungsmitteilung)	
10	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'GREASY'): Anpassung des Verfahrens zur automationsgestützten Übernahme von Grundstücksdaten bzw. der Belegenheitsgemeinde	
11	Finanzministerium	Formulargestaltung/Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'TVS'): Anpassung hinsichtlich der Anfrage wegen gewerblicher oder freiberuflicher Nutzung (Formulare 'EW 10000' bzw. 'EW 10001')	

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU

Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Drucksache 14/6448

Frage 5

Beispiele Effizienzsteigerung

	<b>Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes</b>	<b>kurze Beschreibung des Vorschlags</b>	<b>Bemerkungen</b>
12	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'EWIS'): personelle Erläuterungstexte bei der GrSt-MB-Festsetzung; Übernahme von Eigentümerdaten; parallele Änderung des GrSt-MB; Aktualisierung der Grunddaten; Übernahme der Erwerber aus dem Verfahren 'GREASY	
13	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'GREASY'/'EWIS'): masch. Übernahme der Wohnsitz-FA-Nr. - Fallabfrage (Langinformation) bei der Bedarfsbewertung - Ausweisung von Trennzeichen	
14	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'EWIS'): Optimierung der Dateneingabe durch Datenübernahme (Verbesserung der Darstellung) - automationsgestützte Übernahme des Gemeindepensens bei Eingabe der PLZ	
15	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'EVA'/'MÜSt'): Anpassung 'EVA'-Fallanzeige im Bezug auf 'REBEL' bzw. 'VdN'/'vorläufige'-Fälle - Anpassung Altaktenregistraturprogramm - personelle Möglichkeit der Festlegung des Zwangsgeldes - NV-Verfahren	
16	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'EVA-Fallinfo'/masch. Erläuterungstexte): Anpassung der Erläuterungstexte für allgemeine haushaltsnahe Dienstleistungen bzw. Handwerkerleistungen (gegenseitige Verwendbarkeit)	
17	Finanzministerium	Organisationsangelegenheiten der Steuerverwaltung/Automation in der Steuerverwaltung (hier: 'Aktenabgabe-/übernahmeverfahren'): Anpassung der Vorgehensweise bei Aktenübernahmen mit einem GKB 'A' (u.a. Prüfung der Zahlungseingänge, Zuständigkeit)	
18	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'EVA'-Körperschaftsteuer): Optimierung des Eingabeprotokolls bei Änderungsveranlagungen	
19	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'EVA'-Körperschaftsteuer): Optimierung der Prüfberechnung bei Organgesellschaften	
20	Finanzministerium	Abgabenordnung/Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'DMS' bzw. 'REBEL'): Anpassung des Verfügungsteils der Änderungsverfügung an den aktuellen Verfahrensstand	
21	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren GREASY): Erweiterung der Schlüsselstabelle im Bereich 'Übergabedatum' um das Kriterium 'bei Abnahme durch den Erwerber'	
22	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren GREASY): Optimierung des Verfahrens hinsichtlich der Eingabemöglichkeit des Bescheid datums bzw. der Verbesserung der Druckfunktion	
23	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'EVA'-Körperschaftsteuer): Ausweitung des Anwendungsbereichs des maschinellen Erläuterungstextes '144' ('Änderung wegen Beteiligungseinkünften')	

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU

Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Drucksache 14/6448

Frage 5

Beispiele Effizienzsteigerung

	<b>Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes</b>	<b>kurze Beschreibung des Vorschlags</b>	<b>Bemerkungen</b>
24	Finanzministerium	Automation und Organisation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'EVA-GrundInfo'): Bereitstellung der aktualisierten Grunddatenbestände für alle relevanten Aufgabenbereiche im Finanzamt	
25	Finanzministerium	Grundsatzfragen des Haushaltsrechts (hier: Formularbereitstellung, VV zu § 44 LHO): Bereitstellung der Nebenbestimmungen für Zuwendungen (ANBest-P, ANBest-K, ANBest-I und NBest-Bau) in Dateiform	
26	Finanzministerium	Grundsatzfragen des Kassen- und Rechnungswesen bzw. Automation in der Steuerverwaltung: Anpassung des 'Werbeschreibens LEV' (Kasse 1000) hinsichtlich der Bankverbindung für Betriebssteuerarten	
27	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'EVA' - GrundInf, KSt, GewSt): Anpassung der Prüfhinweise hinsichtlich des Verspätungszuschlags für KSt-Erklärungen, steuerfreie Beträge (§ 8b KStG) bzw. '40/5014' (KapEst-Pflicht), Kennzahl für Neugründungen	
28	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung/Zentralversand: Anpassung des Erläuterungstextes '715' ('beigefügte Belege') an die Gegebenheiten des Zentralversands	
29	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung/Abgabenordnung bzw. Umsatzsteuer: Anpassung des Mustertextes an den geänderten Anwendungserlass für öffentliche Bekanntgaben bzw. Ergänzung der Musterschreiben hinsichtlich der IdNr	
30	Finanzministerium	Grundsatzfragen des Kassen- und Rechnungswesen bzw. Automation in der Steuerverwaltung: Anpassung des 'Werbeschreibens LEV' (Kasse 1000) - Verzicht auf innerdienstliche Angaben (Kontierung usw.)	
31	Finanzministerium	Formulargestaltung/Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'TVS'): funktionelle Überarbeitung des Formulars 'S 1-31' (Drittschuldnererklärung) hinsichtlich der Dokumenterstellung	
32	Finanzministerium	Steuerfahndung/Steuerstrafrecht/Abgabenordnung - Automation in der Steuerverwaltung: Schaffung einer elektronischen Übermittlungsform für die Ermittlungsakten	
33	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung/Einkommensteuer: Einführung eines maschinellen Erläuterungstextes über die Gewinnzusammensetzung und die Art der Gewinnermittlung für die Einkommensteuerbescheide (Land- und Forstwirtschaft)	
34	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'EVA'): Erweiterung der allgemeinen Werkzeuge um die Übersicht 'Nichtbeanstandungsgrenzen für die unbaren Altteilsleistungen' bzw. Erweiterung der Übersicht 'Eigenverbrauch'	
35	Finanzministerium	Einkommensteuer/Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'TVS'): Anpassung des Formulars 'ESt 5A' (Anfrage/Mitteilung bei getrennter Veranlagung) hinsichtlich der Bezeichnungen 'Ehemann/Ehefrau'	

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU

Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Drucksache 14/6448

Frage 5

Beispiele Effizienzsteigerung

	<b>Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes</b>	<b>kurze Beschreibung des Vorschlags</b>	<b>Bemerkungen</b>
36	Finanzministerium	Formulargestaltung bzw. Organisation in der Steuerverwaltung (hier: 'Aktenabgabe- und -übernahmeverfahren'): Anpassung des Formulars 'BuchO 10.5' hinsichtlich einer Eintragungsmöglichkeit für die Steuernummer	
37	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung/Grundinformationsdienst: Verzicht auf den Ausdruck der Adressenaufkleber für Akten im Bereich Veranlagung, Lohnsteuer-Arbeitgeberstellen und ZÜV	
38	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'BUL'): Darstellung der personell eingegebenen Erläuterungstexte im 'BUL'-Eingabeprotokoll	
39	Finanzministerium	Einkommensteuer/Formulargestaltung (NV-Bescheinigungen): Anpassung der Erläuterungen auf der NV-Bescheinigung ('NV 1B') hinsichtlich der Ausführungen über die Geltungsdauer	
40	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (hier: Dauertatbestände): Schaffung eines neuen Dauertatbestandes 'Insolvenz'	
41	Finanzministerium	Abgabenordnung/Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'TVS'): Bereitstellung eines Merkblatts bzw. eines Formulars zur verfahrenstechnischen Abwicklung von Rückgewinnungsarresten während laufender Ermittlungsverfahren	
42	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'MÜSt'): Anpassung des Erinnerungsschreibens zur Abgabe einer Steuererklärung insb. hinsichtlich der Nutzung des Verfahrens ELSTER (ausschließlicher Hinweis auf Erklärungen in Papierform)	
43	Finanzministerium	Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'TVS')/Abgabenordnung: Anpassung des Formulars 'S 1-78' (Haftungsbescheid § 69 ohne Lohnsteuer) hinsichtlich des Verfügungsteils bzw. der Einführung einer Summenzeile und zur Fehlerbereinigung	
44	Finanzministerium	Grunderwerbsteuer/Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'TVS'): Ergänzung des Formulars 'S 2-29' ('Erwerb bebauter Grundstücke') hinsichtlich der Festlegung des Zeitpunkts der Eigennutzung	
45	Finanzministerium	Landesamt für Besoldung und Versorgung (Organisation/Automation)/Mitteilungsverordnung gem. § 93a AO: Anpassung der Mitteilung an die Finanzämter (hier: Ausweis einer Jahressumme für die geleisteten Zahlungen)	
46	Finanzministerium	Einkommensteuer/Automation in der Steuerverwaltung (Verfahren 'TVS'): Anpassung des Formulars 'Beleganforderung für ESt' (S 2-207/1) hinsichtlich den Angaben zur Sozialversicherungsnummer	
47	Innenministerium	Entwicklung der web-Anwendung "RT Funkbuch-web" bei der Polizei, mit der Einträge nun nur noch in ein einziges System erfolgen und Übertragungsfehler vermieden werden können, eine Vielzahl an Abfragen gleichzeitig durchgeführt werden können und auch Personal eingespart wird	

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU

Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Drucksache 14/6448

Frage 5

Beispiele Effizienzsteigerung

	Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes	kurze Beschreibung des Vorschlags	Bemerkungen
48	Innenministerium	Entwicklung und Konstruktion einer Kamerhalterung zum flexibleren Einsatz des VIBRAM-Verfahrens (Video-Brücken-Abstandsmessverfahren zur Bekämpfung der Hauptunfallursachen „Abstand“ und „Geschwindigkeit“)	
49	Justizministerium	1283/497 Einsparung von Druckerkosten bei der Erstellung papiergebundener Kassenanweisungen	
50	Justizministerium	1283/0498 Vereinfachung bei der Festsetzung der aus der Staatskasse zu gewährenden Vergütung der Rechtsanwälte	
51	Justizministerium	1283/0500 Effizienzverbesserungen bei der Beitreibung von Kosten und Strafen	
52	Justizministerium	1283/0504 Entwicklung einer ergänzenden DV-Anwendung/Zuerkennung einer Anerkennungsprämie	
53	Justizministerium	1283/0505 Entwicklung eines Datenbankprogramms zur Generalakten- und Bücherverwaltung	
54	Justizministerium	1283/0506 Anpassung von Word-Vorlagen an die neuen EG-Vordrucke	
55	Justizministerium	1283/0508 Entwicklung eines Makros zur Erleichterung der Formularbearbeitung/Ankerkennung in Form eines Buchpräsensts	
56	Justizministerium	1283/0509 Einfachere Versendung von Scheck an die Landesoberkasse	
57	Kultusministerium	Einsparung von Reisekosten	
58	Wissenschaftsministerium	Daten- bzw. Netzwerkkoppelung zwischen dem Vorlesungsverwaltungs / Vorlesungspflegeprogramm HIS-LSF und dem Gebäudeautomatisationssystem (Gebäudeleittechnik = GLT). Dadurch Einsparung bisher notwendiger manueller Eingaben in das GLT. Es wird Arbeit erheblich vereinfacht und dadurch Arbeitszeit eingespart.	
59	CVUA Stuttgart	Anhand des Workshops sollen Kommunikationswillen und -fähigkeit trainiert und positive Effekte für die Lösung zukünftiger Abteilungsaufgaben geschaffen werden.	
60	Finanzamt Balingen	Abwicklungen von Steuererstattungen bei Verrechnung, Abtretung, Pfändung	
61	Finanzamt Balingen	Verzicht auf Auswertung von Mitteilungen über Sparzulage wegen nicht nennenswerter steuerlicher Auswirkung	
62	Finanzamt Balingen	Verzicht auf Anforderung von Sachverständigen-Gutachten bei Waldverkäufen, bei denen keine oder nur geringe steuerliche Auswirkung zu erwarten ist.	
63	Finanzamt Balingen	Sammelablage der Aktenausfertigungen von Zwangsgeldandrohungen / -festsetzungen bei der VVSt	
64	Finanzamt Balingen	Verzicht auf Zahlungsmitteilungen über Zwangsgeld bei Abgabe der Steuererklärungen	
65	Finanzamt Balingen	Verzicht auf Auswertungen von Mitteilungen über den Datenabgleich bei Riesterverträgen bei geringer steuerlicher Auswirkung	
66	Finanzamt Balingen	Nutzung eines vereinfachten Betriebseröffnungsbogen bei Betreibern von Photovoltaikanlagen	

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU

Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Drucksache 14/6448

Frage 5

Beispiele Effizienzsteigerung

	<b>Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes</b>	<b>kurze Beschreibung des Vorschlags</b>	<b>Bemerkungen</b>
67	Finanzamt Balingen	vereinfachte Überprüfung von Rürup-Renten-Verträgen im Vorgriff auf das Zertifizierungsverfahren	
68	Finanzamt Balingen	Verzicht auf Karteien über Körperbehindertenpauschbeträge / Erfassung in Dauertatbeständen	
69	Finanzamt Balingen	Verzicht auf Betriebsaufgabebögen bei Aufgabe von kleinen Betrieben	
70	Finanzamt Ehingen	Senkung Kosten für Fachliteratur	
71	Finanzamt Ehingen	Bessere Fallbearbeitung durch einheitliche Aktenführung	Erhebliche Zeitersparnis bei Zuständigkeitswechsel bzw Mitarbeiterwechsel
72	Finanzamt Ehingen	Höhere Eingangsquote von ELSTER - Erklärungen	Dadurch auch geringerer Personaleinsatz bei der SESAM- Stelle erforderlich.
73	Finanzamt Ehingen	Verbesserung der Mitarbeiter- Zufriedenheit durch Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements	
74	Finanzamt Ehingen	Mehr Leistungsgerechtigkeit bei Beurteilungen	
75	Finanzamt Ehingen	Optimierung der Abläufe bei ZIA und Scannerstelle	
76	Finanzamt Ehingen	Einführung einer zentralen Stelle für VVSt- und Scannerarbeiten	
77	Finanzamt Lahr	Schulung zu Abfragetechniken zur Straffung und Vereinfachung der Arbeitsabläufe im Veranlagungsbereich	
78	Finanzamt Lahr	Hausinterne Fortbildung zum ESt-Recht zur Steigerung des Abweichvolumens	
79	Finanzamt Lahr	Regelmäßige Besprechungen zum Thema Arbeitsorganisation und EDV zur Straffung der Arbeitsabläufe im Veranlagungsbereich	
80	Finanzamt Lahr	Abstimmung zwischen Vollstreckungsstelle, Veranlagung und ZÜV über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Vollstreckungsschuldners zur Vermeidung von überhöhten Schätzungen	
81	Finanzamt Lahr	Erstellen und Pflegen einer Übersicht über aktuelle gerichtliche Musterverfahren zur effizienteren Bearbeitung von Massenrechtsbehelfen	
82	Finanzamt Lahr	Abstimmung von Prüfungsplänen zwischen Betriebsprüfung und Umsatzsteuerprüfung bei Betrieben gewerblicher Art der juristischen Personen des öffentlichen Rechts zur Verkürzung der Prüfungsdauer	
83	Finanzamt Nürtingen	Einrichtung eines elektr. Fundstellen-Ordners	Zeitersparnis im Zugriff auf Fachinformationen
84	Finanzamt Rottweil	Einsparung von Fachliteratur	
85	Finanzamt Rottweil	Amtsinterne Schulung bei Einführung von Outlook	Verbesserung der Anwendung der Bürokommunikation
86	Finanzamt Rottweil	Vereinfachtes Rechtsbehelfsverfahren zur Erledigung der Massen-Rechtsbehelfe	Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU

Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Drucksache 14/6448

Frage 5

Beispiele Effizienzsteigerung

	<b>Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes</b>	<b>kurze Beschreibung des Vorschlags</b>	<b>Bemerkungen</b>
87	Finanzamt Rottweil	Verteilung von Verfügungen auf elektronischem Weg	Vereinfachung der Arbeitsabläufe Einsparung schwer bezifferbar
88	Finanzamt Rottweil	Anwärtengewinnung durch Teilnahme an Ausbildungsmessen	Breiteres Bewerberfeld beim Anwärter-Auswahlverfahren
89	Finanzamt Rottweil	Anwärtengewinnung durch Schulbesuche	Breiteres Bewerberfeld beim Anwärter-Auswahlverfahren
90	Finanzamt Rottweil	Anwärtengewinnung durch Anbieten von Praktikumsplätzen	Breiteres Bewerberfeld beim Anwärter-Auswahlverfahren
91	Finanzamt Rottweil	Besuch bei Steuerberatern im Zusammenhang mit der Einführung von ELSTER	Steigerung der ELSTER Quote
92	Finanzamt Rottweil	Vorträge an Volkshochschulen im Zusammenhang mit der Einführung von ELSTER	Steigerung der ELSTER Quote
93	Finanzamt Stuttgart III	B-Fall-Bogen	Checkliste zur Bearbeitung bedeutender Fälle, Beschleunigung der Steuernachzahlung.
94	Finanzamt Stuttgart III	Eltern-Kind-Zimmer	Betreuungsmöglichkeit in Notfällen, Verhinderung des Ausfalls der Arbeitskraft
95	Finanzamt Stuttgart III	A-Fall-Team	Beschleunigung der Veranlagung
96	Finanzamt Stuttgart III	Qualitätsteam (EDV, ZIA, Rb-Stelle)	Verringerung des Steuerausfalls durch Qualitätssteigerung
97	Hochschule Aalen	Einführung von hochschulweit einheitlichen Modulbeschreibungen mithilfe einer Datenbank, die an HIS und andere Systeme angebunden ist.	
98	Hochschule Aalen	Einführung einer hochschulweit einheitlichen und automatisierten Zeugniserstellung über HIS-POS.	
99	Hochschule Offenburg	Behördeninterner Verbesserungsvorschlag im Bereich Technik für eine energiesparende Steuerung der Beleuchtung unter Einsatz von Bewegungsmeldern zur Energiekostensenkung	
100	Landesamt für Besoldung und Versorgung	Beihilfekartei wurde zusätzlich als PDF-Dokument zur Verfügung gestellt. Verbesserung der Suchfunktionen im Adobe Reader	
101	Landesamt für Besoldung und Versorgung	Erweiterung der bereits vorhandenen Downloads (Bezüge-/Versorgungsempfänger, usw.) um Betreuer und Bevollmächtigte	
102	Landesamt für Besoldung und Versorgung	Schnellerer Zugriff auf in Einzelfällen benötigte Einmalzahlungsbelege im Original	
103	Landesamt für Besoldung und Versorgung	Durch die Änderung des Vordrucks können teilweise weitere/zusätzliche Rückfragen bei den Krankenkassen vermieden werden	
104	Landessozialgericht Baden-Württemberg	Bekanntgabe von Präsidiumsbeschlüssen an alle Mitarbeiter im Haus	verbesserter Informationsfluss

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU

Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Drucksache 14/6448

Frage 5

Beispiele Effizienzsteigerung

	<b>Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes</b>	<b>kurze Beschreibung des Vorschlags</b>	<b>Bemerkungen</b>
105	Landessozialgericht Baden-Württemberg	Verbesserung der Qualität der Gebäudereinigung	Mängel werden zentral erfasst und weitergeleitet
106	Landessozialgericht Baden-Württemberg	Datenerfassung in der Registratur	Steigerung der Qualität und Effizienz
107	Landessozialgericht Baden-Württemberg	Verbesserung der Zusammenarbeit mit Postdienstleister	Mängel werden zentral erfasst und weitergeleitet
108	Landessozialgericht Baden-Württemberg	Verbesserung der Sicherheit im Gericht	Begehung des Gerichts mit Mitarbeiter des LKA
109	Landessozialgericht Baden-Württemberg	Rufnummerunterdrückung der Telefone soll abgeschaltet werden	Externe Behörden lassen sich bei Anruf des Gerichts besser erreichen
110	LAZBW	Auslagerung des Laborbereichs ins leerstehende Adler-Areal in Wangen während des Umbaus des Labor- und Verwaltungsgebäudes. Dadurch ist eine wesentlich einfachere Planung, Organisation und Durchführung der Bauarbeiten möglich mit erheblichem Zeitgewinn und damit Kosteneinsparungen.	Die Stadt Wangen als Eigentümerin stellt das Gebäude unentgeltlich für 6 Monate zur Verfügung. Auf die Aufstellung von Labor-Containern konnte verzichtet werden.
111	PD Freiburg	Verwendung besserer / schnellerer Speichermedien zur Datensicherung bei Geschwindigkeitskontrollen	Einsparung bis 400 Mannstunden pro Jahr bei einem Autobahnpolizeirevier
112	PD Freudenstadt	Bestellung des Spurensicherungsmaterials und Blutprobenentnahmesets durch eine zentrale Stelle	
113	PD Lörrach	Einsparung hoher Waschkosten durch kostenneutrale Eigeninitiative und Anschaffung einer Waschmaschine	
114	PD Lörrach	Nutzung des bereits bezahlten Treibstoffs bei der Rückgabe von Leasingfahrzeugen durch Verwendung einer Absaugeinrichtung	
115	Polizeidirektion Biberach	Outsourcing der Aktenvernichtung -vergl.weise viel Arbeitszeiterparnis bei geringen Unkosten	Aktenvernichtung durch Heggbacher Einrichtungen
116	Polizeidirektion Friedrichshafen	Einsatztraining: Einführung Rückholssystem "Gear Back"	Bessere Verfügbarkeit und Kontrolle des RSG3 im Einsatz
117	Polizeidirektion Sigmaringen	Bei der Neubeschaffung von Einsatzstöcken trat das Problem auf, dass diese wegen des geringen Durchmessers gegenüber dem bisherigen Einsatzstock aus Holz durch die vorhandenen Trageschlaufen rutschten und somit nicht adäquat mitgeführt werden konnten. Durch ein selbst entwickeltes Kunststoffteil konnte das Problem deutlich preiswerter gelöst werden, als durch den Kauf neuer Trageschlaufen.	

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU

Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Drucksache 14/6448

Frage 5

Beispiele Effizienzsteigerung

	<b>Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes</b>	<b>kurze Beschreibung des Vorschlags</b>	<b>Bemerkungen</b>
118	Regierungspräsidium Karlsruhe	Telefonische Bandansage zu allgemeingültigen Informationen zum Thema Ordnungswidrigkeiten bei der Zentralen Bußgeldstelle.	Die Ansage läuft außerhalb der Sprechzeiten. Hilft, die Zahl der Anfragen zu minimieren. Wird derzeit durch den Umzug von Bretten nach Karlsruhe gemeinsam mit Vermögen und Bau neu eingerichtet.
119	RP Freiburg	<b>Elektronischer Dienstreiseantrag:</b> Antrag auf Genehmigung einer Dienstreise / zur Teilnahme an einer dienstlichen Veranstaltung als Word-Formular zum Ausfüllen am PC. Beim Aufruf der Vorlage wird automatisch Name und Referat und möglichst auch Dienstort eingetragen. Bzw. als Steigerung dieser Variante, die vollständige elektronische Erfassung, Bearbeitung und Genehmigung des Antrags analog Arbeitszeiterfassung (ZEUS).	Umsetzung des Vorschlags erfolgte im Rahmen der Übertragung der Zuständigkeit für die Abrechnung der Reisekosten auf das LBV
120	RP Freiburg	<b>Einfügen von Flächenübersichten in Forstkarten:</b> die aus dem Geographischen Informationssystem der Forstverwaltung, kurz FoGis erstellten Forstkarten enthalten keine Flächenübersicht. Bisher wurden die Flächenübersichten in Excel erstellt, ausgedruckt und anschließend aufgeklebt. Es wurde eine Möglichkeit gefunden, diese in Excel erstellten Flächenübersichten in die Druckdateien von FoGis einzubinden, so dass das manuelle Aufkleben der Flächenübersichten entfällt.	
121	RP Freiburg	<b>Ausstattung der Selbstfahrerfahrzeuge mit mobilen Navigationssystemen:</b> dadurch schnelleres und verkehrssicheres Erreichen des Besprechungsortes	

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU  
 Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg  
 Drucksache 14/6448

Frage 5  
 Beispiele Effizienzsteigerung

	<b>Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes</b>	<b>kurze Beschreibung des Vorschlags</b>	<b>Bemerkungen</b>
122	RP Freiburg	<p><b>Zusammenarbeit zwischen den Referaten 21 und 25:</b>            Im Zuge der Verwaltungsreform ist das Landesdenkmalamt - Außenstelle Freiburg - in das Regierungspräsidium integriert worden. Innerhalb eines Jahres wurde auf Grund dessen ein Konzept zur Vereinfachung, Beschleunigung und Verbesserung der Zusammenarbeit der beteiligten Denkmalschutzbehörden in bau- oder denkmalschutzrechtlichen Verfahren erstellt. Dadurch ergeben sich folgende Vorteile:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Für den betroffenen Bürger: Beschleunigung der denkmalrechtlichen Verfahren bei so genannten Standardfällen</li> <li>2. Für die Mitarbeiter: Entlastung durch Standardisierung, Vereinheitlichung und Verbesserung der Arbeitsmethoden und Arbeitsabläufe</li> <li>3. Reduzierung des Verwaltungsaufwandes durch Optimierung der innerbehördlichen Zusammenarbeit</li> </ol>	
123	RP Freiburg	<p><b>Betankung der Dienstfahrzeuge:</b>            bisher waren die Fahrzeuge nach jeder Dienstreise vollzutanken; auch wenn es nur ca. 5-10 Minuten und ca. 2 zusätzliche Kilometer sind, die pro Tankvorgang anfallen, summiert sich das im Lauf der Zeit. Es wird daher eine 50 %-Regelung angedacht (erst wenn der Tank halb leer ist, muss aufgetankt werden). Bei streckenmäßig langen Dienstreisen (über ca. 300 km) bleibt alles beim Alten, bei kurzen Dienstreisen ist die Zeiteinsparung jedoch deutlich.</p>	
124	RP Freiburg	<p><b>Online-Zählerstandsabfrage bei Kopierern:</b>            Bisher werden Zählerstände (auch von den beteiligten Leasingfirmen) manuell abgefragt, d.h. eine Person erfasst am Kopierer die aktuellen Zählerstände.            Soll-Zustand: Viele Kopierer/Drucker des RPF besitzen eine http-Schnittstelle, die entsprechend abgefragt werden kann.            Hier wäre ggfs. auch eine automatisierte Abfrage der Zählerstände aller erreichbaren Drucker per kleiner Webanwendung möglich, die die aktuellen Zählerstände und ggfs. auch den Monatsverbrauch rasch anzeigen kann.            Vorteile: Online- Ermittlung von Zählerständen spart (Personal)Zeit und liefert aktuelle Verbrauchsinformationen auf Knopfdruck.</p>	

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU

Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Drucksache 14/6448

Frage 5

Beispiele Effizienzsteigerung

	Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes	kurze Beschreibung des Vorschlags	Bemerkungen
125	RP Freiburg	<p><b>Einführen von Barcodes für die Inventur beim Landesbetrieb:</b></p> <p>Im Moment muss man mit einer Liste auf der ca. 3000 Positionen aufgeführt sind, nach den Anlagegütern suchen und diese mit der Inventarnummer auf dem entsprechenden Anlagegut vergleichen. Dies ist unglaublich zeitraubend und auch für das Auge sehr anstrengend.</p> <p>Soll-Zustand: Würde man alle Anlagegüter statt nur mit der Inventarnummer mit einem Barcode versehen, so bräuchte man diese Nummer nur abscannen und hätte innerhalb kürzester Zeit den Bestand aufgenommen. Das Programm vergleicht den Soll-Zustand (Zugang laut Inventarverzeichnis) mit dem Ist-Zustand ( die eingescannten Anlagegüter) und man erkennt sofort was man noch suchen muss oder was verschwunden ist.</p>	
126	RP Freiburg	<p><b>Entwicklung eines Informationssystems für oberflächennahe Geothermie ("ISONG"):</b></p> <p>Mehrere tausend Anfragen jährlich zur Errichtung von Erdwärmesonden sind in Abt. 9 hydrogeologisch und geotechnisch zu beurteilen. Arbeitsaufwand pro Anfrage ca. 5 Minuten bis ca. 1 Stunde. ISONG ermöglicht eine vollautomatische landesweite Punktabfrage der hydrogeologischen Verhältnisse, sowie der Wärmeentzugsleistungen des Untergrundes über das Internet (LGRB-Homepage). Es ist nutzbar sowohl für private Häuslebauer (kostenfreie Standard-Version) als auch für Planer (Bohrfirmen, Ing.-Büros) sowie für die Genehmigungsbehörden (erweiterte Version).</p>	
127	RP Stuttgart	Betankung von Dienstfahrzeugen nach Ende der Dienstreise nicht in jedem Fall zwingend vorschreiben	Formulierung im Fahrauftrag wird abgeändert, dass bei Stadtfahrten innerhalb Stuttgarts und des nahe gelegenen Umlands auf das Volltanken verzichtet werden kann.
128	RP Stuttgart	Einheitliches Layout für CDs und DVDs, das den Corporate Design-Vorgaben des RP S entspricht	CDs und DVDs werden nach dem vorgeschlagenen Layout angefertigt von Referat 11, Desktop
129	RP Stuttgart	Voreinstellung des Autofilters im Telefonverzeichnis	Telefonverzeichnis im Intranet öffnet jetzt sofort mit Autofilter.
130	RP Stuttgart	Ausgabe von Quittungen an Tagesparker in der Tiefgarage Pallas	
131	RP Stuttgart	Einbau einer sensorgesteuerten Tür in Tiefgarage U1 (Zugang zur Altregistratur)	
132	RP Stuttgart	Beschilderung der Tiefgarage im Treppenhaus des Bauteils A	
133	Sozialgericht Konstanz	Bessere Beschilderung im Gebäude	

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU

Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Drucksache 14/6448

Frage 5

Beispiele Effizienzsteigerung

	Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes	kurze Beschreibung des Vorschlags	Bemerkungen
134	Sozialgericht Konstanz	Verbesserte Anfahrtsbeschreibung	
135	Statistisches Landesamt	Zusammenarbeit zwischen Fachreferaten und Auskunftsdienst: Beim zentralen Auskunftsdienst per E-Mail eingehende Anfragen werden künftig wie beim zentralen Posteingang parallel zum Geschäftsgang auch elektronisch an die zuständigen Referate weitergeleitet. Mit der Umsetzung dieses Vorschlags kann künftig noch schneller und damit auch wesentlich kundenfreundlicher gearbeitet werden.	
136	Statistisches Landesamt	Optimierung der Umschläge für Zustellungsurkunden: Mit der Beschaffung neuer Umschläge konnte eine einheitliche, wirtschaftliche und rechtswirksame Vorgehensweise im Haus umgesetzt werden.	
137	Statistisches Landesamt	Bautätigkeit: Rückfragen in mDAMAST Die Bearbeitung der Rückfragen an die Berichtspflichtigen aufgrund der fehlerhaften Fragebögen wird über das DV-System mDamast abgewickelt. Durch programmtechnische Änderungen im mDamast konnten eine Optimierung der elektronischen Rückfragenbearbeitung und eine deutliche Verringerung des Zeitaufwands erreicht werden.	
138	Stiftung Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg	Elektronische Anbindung und Durchführung der Bestellungen für Bewirtungen durch das Casino	
139	Stiftung Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg	Anordnung und Umbenennung der Formulare im Formularcenter/Internet	
140	Stiftung Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg	Ergänzung des internen Telefonbuches um die Legende der Gebäude	
141	Stiftung Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg	Erfassung von Arbeitszeiten für Wissenschaftliche Hilfskräfte	
142	Universität Heidelberg	Hygienebeutelhalterungen	
143	Universität Heidelberg	LSF-Kurs für Studierende	
144	Universität Heidelberg	Poststellenfortbildung	
145	Universität Konstanz	Verbesserung der Darstellung der Notfallprozeduren im Intranet	
146	Universität Konstanz	Verbesserung der Information für Studierende im Internet	
147	Universität Konstanz	Anpassung der Kontaktzeiten für Studierende an die Vorlesungspausen	
148	Universität Konstanz	Information über nicht mehr benötigte Möbel durch e-mail zur Verbesserung der Weiterverwendung	
149	Universität Konstanz	Optimierung des Telefonverzeichnisses im Intranet	
150	Universität Konstanz	Aufnahme eines Flyer der "Gesunden Uni" in die Begrüßungsmappe für neue MitarbeiterInnen	
151	Universität Konstanz	Entwurf eines Bewerberbogens für deren Erfassung bei Stellenausschreibungen	
152	Universität Konstanz	Verbesserung der Darstellung der Services im Intranet	
153	Universität Konstanz	Telefonverzeichnis: Mail-Kontaktdaten im vcf-Format direkt nach Outlook exportieren	
154	Universität Konstanz	Reisekostenantrag/-erstattung; Gestaltung eines Formulars zur Speicherung der Daten	

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU

Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Drucksache 14/6448

Frage 5

Beispiele Effizienzsteigerung

	<b>Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes</b>	<b>kurze Beschreibung des Vorschlags</b>	<b>Bemerkungen</b>
155	Universität Konstanz	Angaben und Verlinkung der E-Mail-Adressen im Telefonverzeichnis des Intranets	
156	Universität Konstanz	Isolierung alter Heizungsleitungen	
157	Universität Konstanz	Einrichtung einer Packstation an der Universität Konstanz	
158	Universität Konstanz	Organisation von Parkberechtigungen	
159	Universität Konstanz	Bereithaltung von Transportmitteln für größere hausinterne Transporte	
160	Universität Konstanz	Umwelt-Audit zum Zweck der Zertifizierung als umweltfreundliche Universität	
161	Universität Konstanz	Anbindung der Telefonanlage an das Datennetz/LAN zur komfortablen Änderung von Rufumleitungen, Telefonkonfiguration und Anrufbeantworter ("Voicebox").	
162	Universität Konstanz	Generierung eines elektronischen Workflows für die Gremienverwaltung	
163	Universität Mannheim	Optimierung der Projektabläufe im Bau- und Technikdezernat durch Einsatz geeigneter Softwarelösungen.	
164	Universität Mannheim	Optimierung eines Renovierungsverfahrens durch Auslagerung der universitären Poststelle für die Dauer von zwei Jahren in Bürocontainer.	Durch diese Maßnahme war es möglich, eine bauliche Renovierung sehr rasch durchzuführen und dadurch Kosten wie auch zusätzlichen zeitlichen Aufwand einzusparen.
165	Universität Mannheim	Reduzierung der Unfallgefahr durch Erhöhung der Sichtbarkeit der Poller im Schloss - Ehrenhof	
166	Universität Mannheim	Erarbeitung und Pflege eines systematisch aufgebauten Online-Informationsangebotes für neue Beschäftigte.	
167	Universität Mannheim	Kostenlose Sammelboxen für CD's und DVD's.	
168	Universitätsklinikum Heidelberg	Die eingesetzten / umgesetzten Ideen haben sehr vielseitige und unterschiedliche Auswirkungen ökonomischer bzw. effizienzsteigernder Art.	Die Verbesserungsvorschläge der Mitarbeiter werden nach den Bereichen Arbeitsbedingungen, Qualität, Sicherheit, Umwelt und Wirtschaftlichkeit klassifiziert.
169	Universitätsklinikum Tübingen	Verbesserung Diagnostische Maßnahmen TBC	
170	Universitätsklinikum Tübingen	Verbesserung MSRA Screening	
171	Universitätsklinikum Tübingen	Einführung von Absolierzangen zum noch sichereren Umgang beim Abschneiden von Kunststoffkathetern vor Bestrahlung	
172	Universitätsklinikum Tübingen	Umstellung auf Onlineverfahren bei Mahnbescheiden	
173	Universitätsklinikum Tübingen	Einführung vom Kofferkulis für Gepäck von Patienten	
174	Universitätsklinikum Tübingen	Erstellen einer bedienungsfreundlichen Anleitung für ein Blutzuckermessgerät für alle stationären Bereiche	

Antrag der Abg. Schütz u. a. CDU  
 Vorschlagswesen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg  
 Drucksache 14/6448

Frage 5  
 Beispiele Effizienzsteigerung

	<b>Behörde bzw. Dienststelle, Einrichtung des Landes</b>	<b>kurze Beschreibung des Vorschlags</b>	<b>Bemerkungen</b>
175	Universitätsklinikum Tübingen	Fundbüro online im Intranet	
176	Universitätsklinikum Tübingen	Ausstattung des Patientensammelbuses mit Kindersitzen, damit auch Kinder mitgenommen werden können	
177	Universitätsklinikum Tübingen	Handling/Öffnung der OP-Schleusentür für Pflegemitarbeiter erleichtert	
178	Universitätsklinikum Tübingen	Handling beim Umlagern von Verstorbenen durch Anschaffung eines Rollboards erleichtert	
179	Universitätsklinikum Tübingen	Fehlerhinweis im Essenbestellsystem	
180	Universitätsklinikum Tübingen	DVD Bibliothek für Patienten der Psychiatrie durch Aufruf gesammelt und zur Verfügung gestellt	
181	Universitätsklinikum Tübingen	Verbesserung der Vorlagen zum Bewerbungsverfahren	
182	Universitätsklinikum Tübingen	Ergänzung eines fehlenden Teils in Lageübersichtplan	
183	Wirtschaftsministerium	Erstellung eines Leitfadens für das Verfassen von Reden	
184	Wirtschaftsministerium	Einführung von Formatvorgaben für Serienbriefe	
185	Wirtschaftsministerium	Anpassung des WM-Reisekostenabrechnungsformulars hinsichtlich der Angabe der Bankverbindung	
186	Wirtschaftsministerium	Verbesserung der Anfahrtshinweise auf der Internetseite des Wirtschaftsministeriums	
187	Wirtschaftsministerium	Bekanntgabe der Abwesenheitszeiten des Ministers, Staatssekretärs und Ministerialdirektors auf der Startseite des Intranet (statt per E-Mail an alle Mitarbeiter)	
188	Wirtschaftsministerium	Anschaffung eines Hilfsprogramms zur Unterstützung bei der Ablage von E-Mails	